

## Das sind die 7 größten Brexit-Irrtümer

Viele Menschen und Unternehmen haben noch immer völlig falsche Vorstellungen vom Brexit. Die größten Denkfehler im Überblick.

Verena Ritter-Döring

24.09.2018 - 13:54 Uhr



Brexit

Auch Deutschland betrifft der Brexit maßgeblich, sagt die Juristin Dr. Verena Ritter-Döring.

(Foto: [dpa](#))

Es gibt immer noch – auch [ein halbes Jahr vor dem Brexitdatum](#) – viele Leute, die meinen, der Brexit ließe sich noch abwenden. [Sie hoffen auf ein neues Referendum](#) oder ein Einlenken der britischen Politik. Manche glauben sogar an irgendeine Form von Trickserei, bei der offiziell ein Brexit vollzogen wird, aber insgeheim in Verträgen alles so geregelt wird, dass sich nichts verändert.

### 1. Es wird alles weitergehen wie bisher

Ganz sicher falsch. Egal ob „Hard Brexit“, also komplett unregelter EU-Austritt, oder doch in irgendeiner Weise vertraglich geordnete Trennung, [es wird sich einiges ändern, vor allem für den Finanzmarkt](#). Britische Institute und Finanzdienstleister werden nicht mehr automatisch

# Handelsblatt

ungehinderten Zugang zu Kunden in Europa haben – und umgekehrt: Kunden in Europa haben nicht mehr automatisch Zugang zu Banken in UK. Manche fürchten sogar, dass Briten, die in der EU leben, keinen Zugriff mehr auf ihre Konten in [Großbritannien](#) haben, oder dass Inhaber von Kreditkarten mit langsameren und teureren Zahlungen rechnen müssen, wenn sie EU-Produkte kaufen.

Solche Ängste sind vermutlich rechtlich nicht fundiert, aber klar ist, dass sich der Warenverkehr zwischen Europa und Großbritannien verteuern wird, wenn die Briten nicht Teil der Zollunion bleiben. EU-Unternehmen, die bislang in ihrer Wertschöpfungskette auf Waren aus Großbritannien bauen, müssen mit höheren Preisen rechnen – oder sich andere Zulieferer suchen. Doch auch für normale EU-Bürger wird manche vertraute Freizügigkeit wegfallen: Studieren in Großbritannien etwa wird teurer, weil die Vergünstigungen bei Studiengebühren für EU-Bürger wegfallen. Und wer beispielsweise in London arbeiten will, braucht fortan eine besondere Arbeitserlaubnis.



Die Autorin

Verena Ritter-Döring ist Anwältin für Bankaufsichtsrecht, berät internationale Banken und Finanzinstitute, Fondsmanager und Fintechs.

Immer wieder ist dieses Argument zu hören: Die EU ist in sich so zerstritten und hat noch nie besondere Geschlossenheit gezeigt – warum sollte das ausgerechnet beim Brexit so sein? Am Ende werde Brüssel nachgeben, schon allein weil man auf die wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit London angewiesen sei. Das scheint derzeit der Gedankengang zu sein, den die britische Regierung verfolgt.

## 2. Die EU wird am Ende nachgeben

Auch sicher falsch. Die EU hat ihre knallharte Position seit Beginn der Verhandlungen klargemacht und weicht davon bislang keinen Millimeter ab. Warum auch? Der Vorschlag der Briten, sich nur auf die Warenverkehrsfreiheit einzulassen und die anderen drei Grundfreiheiten (Dienstleistungsverkehrsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit und die Personenverkehrsfreiheit) auszuklammern, ist aus Sicht der EU pure Rosinenpickerei.

Das wird sie schon deswegen nicht zulassen, damit der Brexit keine Schule macht und andere EU-Staaten ähnliche Vorstöße machen. Die EU bietet an, dass die Briten in der EU bleiben oder gehen, aber dann komplett. Da den Briten offenbar nichts Besseres einfällt, stehen alle Zeichen auf No-Deal-Brexit.

Tatsächlich glauben manche Finanzinstitute derzeit noch, es genüge, ein Rumpf-Institut irgendwo in der EU zu etablieren, um weiterhin den Zugang zum europäischen Finanzmarkt zu

# Handelsblatt

sichern. Sie meinen, sie könnten sich einen teuren Umzug sparen, Unternehmensorganisation überwiegend in Großbritannien behalten und vor dort aus den Großteil der Leistungen – grenzüberschreitend – erbringen.

## 3. Die großen Banken bleiben in Großbritannien und agieren dann über Briefkastenfirmen in der EU



[image](#)

[Brexit: Briten empört über Salzburg-Gipfel – „Dreckige EU-Ratten“ schreibt die „Sun“](#)

Falsch. Sämtliche europäische Aufsichtsbehörden haben bereits klar und deutlich formuliert, dass sie nur Institute in der EU akzeptieren, die eine gewisse Substanz mitbringen. Es wird nicht reichen, zum Beispiel in Frankfurt eine neue Tochtergesellschaft mit zwei Leuten zu besetzen und den Rest aus London zu steuern.

Die Anforderungen sind genauso hoch wie bei jedem anderen EU-Institut auch: Einige Funktionen können nach Großbritannien ausgelagert werden, aber die hauptsächliche Unternehmenssubstanz muss in der EU sein: unter anderem Geschäftsleiter, Risikomanagement, Compliance und Interne Revision.

In vielen Fällen müssen also komplett neue Institute mit entsprechendem (zusätzlichem) Personal in der EU gegründet werden. Doch die Zeit wird knapp, bald droht Rilkes Herbsttag: Wer jetzt keine Haus hat, baut sich keines mehr.

Viele Verantwortliche in internationalen Finanzinstituten, die ihren Hauptsitz in London haben oder mit britischen Banken kooperieren, fühlen sich von den europäischen Aufsichtsbehörden unnötig unter Druck gesetzt. Sie halten die Mahnung, sich frühzeitig um Brexit-Szenarien zu kümmern, für Panikmache von Bürokraten, die vom eigentlichen Geschäft nichts verstünden.

## 4. Alle Mahnungen sind nur Panikmache



[Infografik zum Brexit: Kommt das dicke Ende für die britische Wirtschaft noch?](#)

# Handelsblatt

Geradezu fahrlässig falsch. Es stimmt, dass die europäischen Aufsichtsbehörden schon lange und immer wieder dazu auffordern, dass sich die Finanzwelt bitte auf den Brexit vorbereiten solle – und zwar auch auf einen harten Brexit. Sie richtet ihre Mahnung sowohl an britische wie auch an europäische Institute. Andernfalls entstünden unnötige Risiken für die Stabilität des Finanzmarktes. In der extrem arbeitsteiligen Finanzwelt sind solche Mahnungen mehr als berechtigt.

Denn selbst wenn viele Banken inzwischen relativ gut vorbereitet sind, sind es noch lange nicht alle Marktteilnehmer. Das wird ab jetzt jeden Tag immer mehr Grund zur Besorgnis: Denn wenn neue Lizenzen in der EU beantragt werden müssen, dann braucht das Vorlauf von mindestens sechs Monaten. Die Mahnungen der Aufsichtsbehörden waren also nicht verfrüht, sondern genau rechtzeitig. Und wer jetzt nicht handelt, wird zum Risikofaktor. Die Uhr tickt.

Vor allem Verantwortliche in Banken, die sich bislang nicht ausreichend um individuelle Brexit-Vorbereitungen gekümmert haben, neigen dazu, den Schwarzen Peter ihres Versagens an die deutschen Behörden weiterzureichen: Das deutsche Aufsichtsregime des Finanzmarktes sei viel strenger als das in Großbritannien. Mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) könne man nicht so gut reden, die dortigen Mitarbeitern sprächen nicht mal Englisch.

## **5. Die Deutschen sind zu streng, zu arrogant und können nicht mal Englisch**

Dumme Ausrede. Die Bafin hat sich von Beginn an sehr professionell auf die unterschiedlichen Brexit-Szenarien eingestellt, war und ist kooperativ und zugänglich, um Restrukturierungen und Geschäftsänderungen aufgrund des Brexits zu erörtern. Sie hat mehrfach Info-Veranstaltungen für Marktteilnehmer angeboten, die auch gut angenommen wurden. Es gibt sogar eine spezielle Brexit-Taskforce, die selbstverständlich Englisch spricht.

Das Interesse an einem reibungslosen Ablauf der Restrukturierungen besteht nicht nur auf Seiten der Institute, sondern auch bei der Bafin. Auch kleinere Institute und einzelne Fondsmanager finden Gehör. Die Bafin geht sogar aktiv auf diese zu, wenn sie Handlungsbedarf sieht.



[image](#)

[EU-Gipfel: Chaotischer Brexit droht – Merkel bleibt beim Thema Binnenmarkt hart](#)

Naive Sparer und unbedarfte Anleger, aber leider auch viele Manager, die es besser wissen könnten, setzen darauf, dass der europäische Finanzmarkt den Brexit unbeschadet überstehen wird. Sie glauben sogar, dass einzelne europäische Städte wie Frankfurt und Paris als Gewinner des Brexits hervorgehen.

# Handelsblatt

## 6. Der Brexit produziert Gewinner, etwa Frankfurt und Paris

Optimistisch, aber komplett unrealistisch. Der Finanzmarkt wird sich verändern. Auch für die Verbraucher wird es Umstellungen geben. Der Brexit wird die Marktteilnehmer viel Geld kosten und noch mehr Zeit. Vordergründig wechseln bloß Ansprechpartner und Adressen, aber die Geschäftsverlagerungen nach Paris, wie sie etwa die [HSBC](#) plant, oder nach Frankfurt, wo [Goldman Sachs](#), Citibank, [Credit Suisse](#) oder [UBS](#) ihren Europahub planen, haben Auswirkungen nicht nur auf die Bankenwelt an sich.

Rund um die Finanzinstitute werden sich Dienstleister etablieren, die sicher für einen gewissen Zufluss an Arbeitskräften und Jobs sorgen – allerdings ist davon derzeit nur wenig zu merken. Spürbar ist derzeit nur die erhöhte Nachfrage nach Wohnungen, Schul- und Kindergartenplätzen. Das sind alles bereits heute eher knappe Güter.

Mit erheblichen Preissteigerungen ist also zu rechnen. Die Stadt wird noch internationaler werden, aber sehr wahrscheinlich auch teurer. London als wichtiger globaler Finanzplatz wird erhalten bleiben, nur nicht mehr als Tor zur EU. Der Markt wird sich also mehr verteilen.

EU-Geschäfte werden aus der EU abgewickelt. Das können dann auch Orte wie Amsterdam, Luxemburg oder Brüssel sein. Wieviel Marktzuwachs also am Ende tatsächlich in Paris oder Frankfurt landet, bleibt mehr als fraglich.

Viele Deutsche meinen, als EU-Bürger müssten sie sich nicht mit dem Thema Brexit beschäftigen. Der betreffe nur die Briten.

## 7. Mich persönlich betrifft der Brexit nicht.

Wer so denkt, ist offenbar noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Die Vernetzung zwischen den Staaten ist in den vergangenen 50 Jahren immens fortgeschritten. Längst geht es nicht nur darum, dass ein Studium in Großbritannien für Europäer nach dem Brexit teurer wird oder transnationale Arbeitnehmer anderer Formalitäten bewältigen müssen. Wenn die Freizügigkeit zwischen der EU und UK eingeschränkt wird, werden wir das alle spüren.



[image](#)

[Kommentar zur Brexit-Debatte: Die harte Haltung der EU-Staatschefs ist richtig – denn May verlangt Unmögliches](#)

Zum Beispiel werden britische Unternehmen, die als UK Ltd. und UK LLPs in Deutschland ansässig sind, eine neue Rechtsform bekommen müssen. Das betrifft immerhin Tausende von Unternehmen, etwa 8,6 Prozent aller deutschen Unternehmen, darunter auch Immobilienfirmen, Autovermietungen oder andere Anbieter von Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Heißt: neue Verträge, neue Regelungen, mehr Zeitaufwand, höhere Kosten.

Die Restrukturierungen der Industrie (nicht nur der Finanzindustrie) kosten viel Geld. Infrastruktur muss ausgebaut werden in Städten mit Brexit-Zuwachs. Die Institute müssen Strategieteam für die Brexitbewältigung und –planung einrichten.

# Handelsblatt

Neues Personal an neuen Standorten bringt nicht mehr Umsatz, sondern nur höhere Kosten, die dann umgelegt an die Kunden weitergegeben werden. Personal wird umgesiedelt, was Geld kostet. Mitarbeiter müssen zwischen London und dem neuen EU-Standort pendeln, was auch Geld kostet.

Jeder Wechsel eines Mitarbeiters oder Kunden erfordert bürokratischen Aufwand, etwa für Arbeitserlaubnisse in den jeweiligen Ländern. Diese Effizienzverluste werden die Preise auch für Produkte des täglichen Bedarfs stetig in die Höhe treiben. Kostenlos ist ein Brexit nicht zu haben, für niemanden.